



20250219

Tagesspiegel, Teresa Roelke

Abriss verhindern Kann der Senat so Wohnraum und Klima schützen?



Die Initiative „Bauwende für Berlin – ökologisch und sozial“ hat mehr als 30.000 Unterschriften gegen die Abrisspraxis gesammelt.

Zunehmend im Stich gelassen fühlten sich die Menschen bei Klima- und bei Wohnungskrise, das ist die Diagnose der Volksinitiative „Bauwende für Berlin – ökologisch und sozial“. „Immer mehr Menschen in der Stadt sind skeptisch, dass Neubau ihre Probleme lösen kann, weil Neubau meist zu sehr teurem Wohnraum führt“, meint Gerrit Naber, der Sprecher der Initiative, am Montag im Abgeordnetenhaus. Auch wenn es im politischen Diskurs so erscheint, als spiele die Klimakrise keine Rolle für die Menschen: Studien zeigten das genaue Gegenteil. „Wir bauen und wir reißen ab, als wäre es Lego und nicht Lebensraum“, fasst Nabert zusammen.

Vergangenes Jahr hat die Initiative 34.985 Unterschriften für ihre Anliegen gesammelt. Nun wurden die Vorschläge, die auf den Erhalt und die bessere Nutzung von Bestandsgebäuden abzielen, statt vor allem auf Neubau zu setzen, im Abgeordnetenhaus debattiert, in einer gemeinsamen Sitzung von gleich drei Ausschüssen: dem Stadtentwicklungs-, dem Umweltausschuss und dem Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Warum sollte man Klima- und Wohnraumkrise als gemeinsames Paket verhandeln? Weil Wohnraum in Berlin notorisch knapp ist, aber der Bausektor weltweit für etwa 40 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Derweil stehen in Berlin laut Mikrozensus etwa 40.000 Wohnungen leer, au-

Kommunikationsdaten: Glienicker Straße 36, 14109 Berlin, Telefon: +49 30 805 54 63; info@errichtungsstiftung-bauakademie.de; www.errichtungsstiftung-bauakademie.de; **Bankverbindung:** Weberbank AG, Berlin; IBAN: DE12 1012 0100 1800 0017 42, BIC: WELADED1WBB; **Steuer-Nr.** 27/642/07138 Finanzamt für Körperschaften I, Berlin; **Vorstand:** Prof. Dr.-Ing. Willi Hasselmann, Dipl.-Ing. Gerhard Hoya, Prof. Dipl.-Kfm, Prof. Kai Kummert, Prof. Dipl.-Ing. Mara Pinardi, Wolfgang Schoele; **Aufsichtsrat:** Dipl.-Ing. Horst Draheim, Prof. Dr. Peter Elsner, Dr. Benedikt Goebel, Dipl.-Ing. Peter Klein (Vorsitzender), Dr. Peter Lemburg, Bettina Peifer; **Kuratorium:** Michael S. Cullen, RA Jürgen Klemann (Vorsitzender), Prof. Dr. Manfred Klinskott, RA Michael Knipper, Dipl.-Ing. Kaspar Kraemer, Dr. Helmut Maier, Dipl.-Ing. Florian Mausbach, Prof. Dr. Wolfgang Schäche, Dipl.-Phil. Anneliese Schäfer-Junker; **Trägerin und Kooperationspartnerin:** Fördergemeinschaft Bauwesen e.V., c/o Berliner Hochschule für Technik, Dekanat FB IV



Berdem 1,5 Millionen Quadratmeter Büroflächen. Wenn man diese Flächen für eine Wohnnutzung aktivieren könnte, hätte man vergleichsweise schnell neue Wohnungen und könnte gleichzeitig vermeiden, das Klima durch vermeidbaren Neubau weiter zu strapazieren, so die Initiative.

Hilft ein Wohnungskataster?

Um Abriss und Leerstand von bestehendem Wohnraum zu vermeiden, fordert die Initiative ein digitales Kataster, das die Potenziale von Bestandsgebäuden erfasst. Über Daten der Berliner Stadtreinigung (BSR), Stromnetz Berlin und Berliner Energie und Wärme sei es eigentlich bereits jetzt möglich, die Nutzungsintensität von Gebäuden zu erfassen, erklärte die Präsidentin der Architektenkammer Theresa Keilhacker. Auch bei den Bezirken lägen etliche relevante Daten, die aber alle nicht ausreichend digitalisiert seien. Leerstand werde daher nicht genug sanktioniert.

Genau wie Mieterverein-Geschäftsführer Sebastian Bartels fordert sie eine Taskforce aus Senat und Bezirken für ein Bestandsregister. „Wir haben Daten, die nicht personenbezogen sind, die könnten jetzt schon ohne Probleme mit dem Datenschutz veröffentlicht werden“, so Bartels. Das könne man sehr schnell umsetzen.

Weitere Vorschläge der Initiative: Möblierte Wohnungen sollen genehmigungspflichtig werden. Außerdem will die Initiative Dachgeschossaufstockungen komplett genehmigungsfrei machen. Dabei verweist sie auf Bremen und Niedersachsen, wo das bereits der aktuelle Stand der Bauordnung sei.

Dächer aufstocken

Auch die Bauordnung von Berlin sei in den letzten zwei Jahren zweimal verändert worden, widerspricht Bausenator Christian Gaebler (SPD): „Insofern müssen Sie gar nicht nach Niedersachsen oder Bremen schauen. Schauen Sie einfach in die Bauordnung von Berlin. Das sind nämlich diese Regelungen auch schon drin, was Vereinfachung im Bestand angeht.“

Tatsächlich sei der Senat schon in vielen Punkten „in gleicher Richtung unterwegs“ wie die Initiative, behauptet Gaebler. Substantiellen Nachbesserungsbedarf sieht er offenbar nicht. Der Grünen-Abgeordnete Julian Schwarze meint: „Es stimmt, dass Vieles eingeleitet wurde, aber es wird nicht vorangetrieben. Genaue Zeitpläne wären dringend notwendig.“

Die Linken-Abgeordnete Katalin Gennburg wirft, etwas polemischer, ein, man müsse doch endlich wieder Hausbesetzungen entkriminalisieren, woraufhin der CDU-Kollege Ersin Nas sie zu rechtweist, das sei ja geradezu ein Aufruf zu Straftaten: „Ich glaube, das ist nicht die Absicht der Initiative, Straftaten zu entkriminalisieren.“

”

Wir gehen davon aus, dass da bis Mitte nächsten Jahres auf die Grundlagen geschaffen sind, auf denen wir dann auch aufsetzen können.

Bausenator Christian Gaebler (SPD) zum Wohnungskataster